

Gegenwind von Heimatvereinen

Wälder der Region sollen vom Bau riesiger Windräder verschont bleiben

SOEST ■ 138 Heimatpfleger und Mitglieder von Heimatvereinen aus dem Kreis Soest haben eine Protestnote an den Regionalrat geschickt und warnen vor dem Bau von Windrädern im Arnsberger Wald. Der Regionalrat tagt heute in Fredeburg und befasst sich mit der Energiepolitik in der Region im Allgemeinen und dem Ausbau der Windkraftanlagen im Besonderen.

Seit Wochen lässt das Thema die Heimatpfleger nicht los, nachdem Prof. Wilfried Stichmann Mitte Oktober auf der Herbsttagung einen „auf-rüttelnden Vortrag“ zu der „drohenden Industrielandschaft im Arnsberger Wald“ gehalten hat. „Immer mehr Bürgern wird bewusst, was auf ihre Heimat zuzukommen droht“, sagt Kreisheimatpfleger Peter Sukkau.

Der Wald, den die Vorfahren großflächig und kaum zerschnitten als eines der größten Forstgebiete im Land bewahrt hätten, „droht durch Riesen-Windräder innerhalb weniger Jahre leichtfertig missbraucht zu werden“, sagt er weiter.

Nordrhein-Westfalen, so beklagen die Heimatpfleger, habe als einziges Bundesland mit vergleichbarem Waldanteil das Tabu gebrochen,

Windräder im Wald zu platzieren. Dies sei unverantwortlich angesichts der zahlreichen Bemühungen um Arten- und Naturschutz. Der Eindruck von der Natürlichkeit eines ungestörten Waldgebiets ginge beim Bau der bis 220 Meter hohen Windräder ein- für allemal verloren. Spaziergänger, Wanderer und andere Naturfreunde würden dem Wald den Rücken

kehren, wenn sie hier nicht weiterhin Ruhe finden würden.

Im Vorfeld der Regionalrats-Sitzung hat die CDU bereits signalisiert, beim Thema Energie und dem Ausbau der Windkraftanlagen überall in der Region „mit Augenmaß“ ans Werk zu gehen. 20000 Eingaben gegen die Entwürfe sprächen eine deutliche Sprache; noch bei keinem ande-

ren Vorhaben sei der Politik so viel Gegenwind ins Gesicht geblasen worden. In der Region sollen 18000 Hektar Fläche als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen werden. In der Stadt Soest waren entsprechende Bemühungen bei der Suche nach geeigneten Flächen für Windräder im vergangenen Jahr auf Drängen der CDU gestoppt worden. ■ hs

